

1992

Politische Einschätzung

Die staatstragende Koalition von CSU bis SPD hat sich auf ein neues Gesetz zur weiteren Abschottung und Entrechtung der in der BRD asylsuchenden Menschen geeinigt.

Diejenigen, die die eigentlichen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme wie steigende Arbeitslosenzahlen, zunehmende Staatsverschuldung, Wohnungsnot, etc. zu verantworten haben, machen nun die Flüchtlinge zum 'Hauptproblem'.

PolitikerInnen sprechen - in einmütiger Unterstützung seitens der Medien - von angeblichen "Flüchtlingsströmen" und "massivem Asylmißbrauch", wodurch der Eindruck erweckt werden soll, es bestünde ein ursächlicher Zusammenhang zwischen bspw. Wohnungsnot und der Anwesenheit von Flüchtlingen. Mit der Einquartierung von Flüchtlingen in "Sammellagern" kommt die Bundesregierung einer Forderung aus faschistischen Kreisen entgegen, 'deutscher Wohnraum den Deutschen'! Der Eindruck der "Überflutung" durch Fremde, "Eindringlinge", wird bewußt untermauert indem Asylsuchende in Turnhallen, auf der Münchner Oktoberwiese und in Lagern 'notuntergebracht' werden.

Einerseits erfüllen die Asylsuchenden, besonders für die sich im Wahlkampf befindlichen Parteien eine Sündenbockfunktion, andererseits stellen sie in den Augen der Herrschenden eine Bedrohung der bestehenden Ordnung dar, da sie 'eigenmächtig' in die BRD kommen, d.h. außerhalb der von der Regierung zum Zwecke der Arbeitsmarktregulierung gesteuerten Migrationsbewegung.

Das "6 Wochen-Modell" samt den dazugehörigen Sammellagern verfolgt u.a. folgende Ziele:

1. In der Bevölkerung wird der Anschein erweckt, daß man der "Flüchtlingsmassen" Herr werden kann und daß Abschiebung und Abschreckung legitime Mittel zur Erfüllung dieses Ziels sind. Die Bundesbürger werden nicht länger mit den Schicksalen von Flüchtlingen und das heißt auch mit den Ursachen ihrer Flucht, für die die Politik der BRD mitverantwortlich und an deren Aufrechterhaltung sie maßgeblich beteiligt ist (Waffenlieferungen an die Türkei, den Irak, etc.) konfrontiert.
2. Durch die in den Lagern perfektionierte Überwachung und die weitere Einschränkung der Rechte der Asylsuchenden wird die Verwirklichung des Schengener Abkommens - die Errichtung der Festung Europa - eingeleitet.
3. Das Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens bereitet den Übergang zur Abschaffung des Artikel 16 vor.

FORDERUNGEN

1. Weder Einrichtung von Bezirkssammellagern und anderen Lagern noch ein "Asylschnellverfahren"!
 2. Dezentrale Unterbringung aller Asylsuchenden!
 3. Keine Sondergesetze für Nicht-Deutsche! Weg mit den diskriminierenden Ausländergesetzen!
 4. Aufhebung der Residenzpflicht! Freie Wahl des Wohnorts, keine 'Verschubungen' in die neuen Bundesländer, auch für FolgeantragstellerInnen das Recht, den Wohnsitz beizubehalten!
 5. Keine Sozialhilfe in Sachleistungen! Stattdessen Verwirklichung des Rechts auf tariflich abgesicherte Arbeit für Flüchtlinge.
 6. Keine ED-Behandlung von Asylsuchenden!
- WIR FORDERN DAS BLEIBERECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE!!!

b.w.